

Nun hat das Volk das letzte Wort

Eineinhalb Stunden haben je vier Befürworter und Gegner ihre Argumente zur Selbstbestimmungsinitiative auf den BT-Stammtisch gelegt und die direkte Demokratie gewürdigt. Nun hat tatsächlich das Stimmvolk das letzte Wort.

▸ NORBERT WASER (TEXT)
OLIVIA ITEM (FOTOS)

Die Selbstbestimmungsinitiative soll die direkte Demokratie stärken. Roger Kölbener, Präsident der FDP International, wirft hingegen den Initianten vor, selbst Volksentscheide nicht zu respektieren. Die SVP missachte beispielsweise sämtliche klaren Ja-Voten zum bilateralen Weg. Auch das deutliche Nein zur Durchsetzungsinitiative werde einfach nicht zur Kenntnis genommen. Kölbener stört sich auch an Aussagen wie, es gebe nur die SVP und die anderen, genau so würden Trump und Diktatoren sprechen. In der Schweiz gebe es eine Vielfalt von politischen Meinungen, dieser Pluralismus sei Demokratie. Und bezüglich Angstmacherei erinnert Kölbener daran, dass beispielsweise der europäische Gerichtshof für Menschenrechte das Burkaverbot in Frankreich gestützt habe.

Erst 22 Initiativen angenommen

Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher hingegen hält fest, dass gerade die SVP leider in Bern noch die einzige Partei sei, die sich für die Volksrechte einsetze. Die Schweiz gelte als besonders sicher, gerade wegen dem austarierten System der direkten Demokratie. Seit es das Initiativrecht gebe, seien übrigens erst 22 Initiativen angenommen

worden. Von Rechtsunsicherheit Roger Kölbener hin. Als Beispiel wegen Volksentscheiden könne man wahrlich nicht sprechen. Das Grundmenschrecht in einer Demokratie sei doch, dass man sich äussern und mitbestimmen könne.

Grossrätin Valérie Favre Accola weist darauf hin, dass immer von Völkerrecht gesprochen würde, dabei werde nicht berücksichtigt, dass es angelsächsisches Recht gebe, das kontinental-europäische Recht und die Scharia. Da setze sie lieber auf die Bundesverfassung, da wisse man, was man habe.

Nationalrat Duri Campell sieht die Behördenmitglieder verstärkt in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass unsere Rechte auch im Völkerrecht berücksichtigt werden. Als Beispiel nennt er das Waffenrecht, bei dem gegenüber der EU Ausnahmen durchgesetzt werden konnten. Auch beim Migrationspakt zeige sich, dass die Schweiz nicht mehr alles schlucke. Man müsse wieder mehr für die eigenen Rechte kämpfen. Auch über die Bedingungen der Kohäsionsmilliarde müsse noch verhandelt werden, sagt Campell, der in Bern Mitglied der Staatspolitischen Kommission ist. Mit Blick auf die Selbstbestimmungsinitiative macht sich Nationalrat Campell über die Rückwirkung Sorgen, weil dies in der Wirtschaft für Verunsicherung Sorge.

Folgen nicht verharmlosen

Auf die gravierenden Folgen einer Annahme der Initiative weist auch

hätte sich aber pragmatisch lösen lassen. Bei einer Annahme der Selbstbestimmungsinitiative bliebe in einem solchen Fall aber nur noch die Kündigung. Das betreffe aber erst den multilateralen Teil der WTO-Verträge. Es gebe aber auch den ganzen plurilateralen Teil, der nie einem Referendum unterstanden sei. Dies bedeute, dass bei einer Annahme der Selbstbestimmungsinitiative die Guillotine rasch herunter schnelle. Gutachten von Economiesuisse würden klar aufzeigen, dass viele Verträge gefährdet wären. Dies weil die SBI rückwirkend gelte und einen undemokratischen Kündigungsautomatismus beinhalte. Wenn man mit den 164 WTO-Staaten Verträge neu aushandeln müsse, würden auch Frau Martullo «seven thinking steps» nicht ausreichen, da brauche es dann 164 Schritte. Economiesuisse und der Gewerbeverband und damit ein Grossteil der Wirtschaft betrachteten bei einer Annahme der Initiative 600 Verträge als potenziell gefährdet. Das führe zu grosser Rechtsunsicherheit.

Die Schlussrunde

Die Schweiz sei deshalb die Schweiz, weil das Volk immer das letzte Wort gehabt habe, stellt Mario Cortesi fest. Wenn das nicht mehr der Fall

wäre, würden Eliten über das Land bestimmen, die die Meinung vertreten würden, dass man das «Pöbel» vor sich selber schützen müsse. Die Schweiz steche wie eine Perle aus dem Staatengebilde hervor. Offensichtlich habe sich die Schwarmintelligenz bewährt.

Sie bleibe auch nach dem intensiv geführten Streitgespräch am BT-Stammtisch bei ihrer Meinung, indem sie diese Initiative klar ablehne, betont SP-Grossrätin Julia Müller. Ihr sei extrem wichtig, dass man Demokratie nicht mit individuellen Rechten verwechsle. Es gehe heute uns und dem Land sehr gut, aber es sei alles einem Wandel unterworfen und bleibe nicht einfach alles so, wie es heute sei, genauso wie nicht alles schon immer so war, wie es heute ist. Für die Zukunft und mit Blick in die Vergangenheit brauche es die Europäische Menschenrechtskonvention.

Die Davoser Landrätin und SVP-Grossrätin Valérie Favre Accola stellt fest, dass offenbar viele Politiker vergessen hätten, worauf sie den Eid oder das Gelübde abgelegt hätten, nämlich die Verfassung. «Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.» Weiter stehe da, man ge-

lobe, die Rechte und Freiheiten des Volkes und der Bürgerinnen und Bürger zu achten und die verfassungsgemässen Gesetze streng zu befolgen usw. Weiter zitiert sie Artikel 2 der Bundesverfassung, der da lautet: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.» Dies allein sei schon Grund genug für ein klares Ja zur Selbststimmungsinitiative.

Der Schweiz gehe es gut, weil wir in der Vergangenheit gut verhandelt hätten, so das Schlussvotum von BDP-Nationalrat Duri Campell. Wenn es gelinge, diese Verhandlungsfreiheit beizubehalten und deren Ergebnisse demokratisch umzusetzen, dann werde die Schweiz auch in Zukunft einer der stärksten Staaten der Welt bleiben. Dafür brauche es aber ein Nein zur Selbstbestimmungsinitiative.

SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher bezeichnet die Abstimmung als wichtigste Initiative seit dem EWR. Es gehe um die Souveränität des Landes und darum, wer das letzte Wort habe. Man müsse den Zustand von vor 2012 wiederherstellen, damit die direkte Demokratie wieder Vorrang habe gegenüber internationalem Recht.

Das Volk werde in der Schweiz

immer das letzte Wort haben, stellt SP-Grossrat Philipp Wilhelm fest, mehr noch ohne als mit Selbstbestimmungsinitiative, weil sie einen Kündigungsautomatismus beinhalte, auf den das Volk keinen Einfluss mehr hätte.

Alt Ständerat Christoffel Brändli stellte fest, dass das Initiativrecht immer stärker unter Druck gerät und man um den Erhalt der Volksrechte kämpfen müsse.

Die Stammtischteilnehmenden

Am BT-Stammtisch im Restaurant «Hofkellerei» zur Abstimmung über die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)», über die am 25. November 2018 national abgestimmt wird, haben teilgenommen: Christoffel Brändli, alt Ständerat SVP, Mario Cortesi, Gemeinderat und Präsident SVP Chur, Valérie Favre Accola, Kleine Landrätin Davos und Grossrätin SVP, Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin und Nationalrätin SVP, als Befürworter der Initiative. Die Nein-Parole vertraten: Duri Campell, Nationalrat BDP, Roger Kölbener, Präsident FDP International, Julia Müller, Grossrätin SP, Philipp Wilhelm, Grossrat und Parteipräsident SP GR. (NW)

BT-Stammtisch



«Die Politik und mit ihr die Behördenmitglieder sind gefordert, dafür zu sorgen, dass unsere Rechte vermehrt im Völkerrecht verankert sind»: BDP-Nationalrat Duri Campell.

«Bei Annahme der Initiative kommt die Guillotine bei vielen Verträgen scharf.»

ROGER KÖLBENER

«Ich habe grosses Vertrauen in das Schweizer Stimmvolk.»

VALÉRIE FAVRE ACCOLA

«Unsere Volksentscheide müssen an der Spitze stehen, für diesen bewährten Grundsatz lohnt es sich zu kämpfen»: alt Ständerat Christoffel Brändli (l.).

WORTWÖRTLICH

«Die Folge dieses Handelns ist, dass die Bevölkerung sagt: Weshalb soll ich noch abstimmen, sie machen ja doch, was sie wollen.» MARIO CORTESI

«Die SVP nutzt das Initiativrecht mit Abstand am meisten, in den meisten Fällen ist das Volk aber nicht ihrer Meinung.» ROGER KÖLBENER

«Das Volk muss doch die Möglichkeit haben, mit einer Initiative, die von der Mehrheit des Volkes und der Stände angenommen wird, zu verlangen, was gilt.» MAGDALENA MARTULLO-BLOCHER

«Wir haben in der Schweiz eine Sicherheitslücke, indem ein Verfassungsgericht fehlt.» JULIA MÜLLER

«Es gibt in der Schweiz nicht nur die SVP und die anderen, sondern eine Vielfalt an politischen Meinungen.» ROGER KÖLBENER

«Sind wir schon so weit, dass wir das politische System in der Schweiz ändern wollen?» VALÉRIE FAVRE ACCOLA

«Das Volk hat auch ohne diese Initiative alle Instrumente in der Hand, um alle angesprochenen Probleme zu lösen.» PHILIPP WILHELM

«Kein anderer Staat auf dieser Welt stellt das eigene Recht unter internationales Recht.» MARIO CORTESI

«Man hat sich bei alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey nicht einmal dafür entschuldigt, dass man ein Zitat von ihr für einen Pro-Flyer missbraucht hat.» PHILIPP WILHELM



«Es gibt Minderheiten in diesem Land, die auf individuelle Rechte angewiesen sind»: Julia Müller.

«Sie glauben ja wohl nicht, dass die Bürokraten in diesen internationalen Organisationen besser wissen, was für die Schweiz gut ist, als das Volk selbst.» MAGDALENA MARTULLO-BLOCHER

«Das Frauenstimmrecht hat die Schweiz auch erst eingeführt, weil dies eine Bedingung zum Beitritt zur Menschenrechtskonvention war.» PHILIPP WILHELM

«Ich setze lieber auf die Bundesverfassung, da weiss ich, was ich habe.» VALÉRIE FAVRE ACCOLA

«Die Rückwirkung der Initiative sorgt in der Wirtschaft für Unsicherheit.» DURI CAMPELL



«Wenn Volksentscheide nicht umgesetzt werden, ist die direkte Demokratie nur Folklore»: Mario Cortesi.

«Die Initiative ist wirtschaftsfeindlich, undemokratisch und sie löst vor allem keine Probleme, sondern bewirtschaftet sie nur.» ROGER KÖLBENER

«Auch beim Migrationspakt sieht man, dass in der Schweiz nicht mehr alles so geschluckt wird wie noch vor ein paar Jahren.» DURI CAMPELL

«Wir müssen die Rechte jedes einzelnen Menschen in diesem Land genauso schützen wie die direkte Demokratie.» JULIA MÜLLER

«Bei einem WTO-Freihandel hat unsere Landwirtschaft keine Chance zu überleben.» MAGDALENA MARTULLO-BLOCHER